



STADT MEERBUSCH

Beteiligungsbericht für das Jahr 2006



Bericht
über die Beteiligungen
der Stadt Meerbusch
an Unternehmen und Einrichtungen
des privaten Rechts

(Berichtszeitraum 01.01.2006 - 31.12.2006)

Meerbusch, den 28. November 2007

Dieter Spindler
Bürgermeister

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
Vorwort / Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch	1
Rechtliche Grundlagen	
Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung	2 - 5
Vertretung in den Gremien der Unternehmen	5
Rechte der kommunalen Gesellschafter	5 - 6
Bekanntmachung des Beteiligungsberichtes	6
Beteiligungen der Stadt Meerbusch	
wbm - Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	9 - 15
WNO - Wassernetz Osterath GmbH	17 - 21
Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss GmbH	23 - 26
GWG - Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	27 - 37
Bauverein Meerbusch eG	39 - 41
Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KH	43 - 44
Kommunale Datenverarbeitungszentrale Neuss	45 - 51

Vorwort

§ 112 Abs. 3 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) verpflichtet die Gemeinden zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohner einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks der kommunalen Beteiligung, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften enthalten.

Der Beteiligungsbericht umfasst die Beteiligungen der Stadt Meerbusch nach dem Stand zum 31.12.2006.

Der erste Bericht über die Beteiligungen der Stadt Meerbusch wurde nach dem Stand zum 31.12.1995 am 01.06.1996 erstellt.

Letzter Bericht (12. Fortschreibung nach dem Stand zum 31.12.2005):

- Informationsvorlage an den Rat am 30.11.2006
- Amtliche Bekanntmachung am 09.02.2007
Frist zur Einsichtnahme 20.02. – 23.02. und 26.02. – 02.03.2007

Übersicht über die prozentualen Beteiligungen der Stadt Meerbusch am gezeichneten Kapital der Unternehmen

Unternehmen	Beteiligung 01.01.2006		Beteiligung 31.12.2006		Zweck des Unternehmen	Beginn der Beteiligung
	€	v.H.	€	v.H.		
Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH	6.135.502,57 €	60,00	6.135.502,57 €	60,00	Versorgung der Bevölkerung mit Gas und mit Wasser (außer Ortsteil Osterath)	25.05.1994
WNO Wassernetz Osterath GmbH	25.000,00 €	100,00	25.000,00 €	100,00	Versorgung der Bevölkerung im Ortsteil Osterath mit Wasser	27.08.2004
Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss GmbH	2.045,16 €	8,00	2.045,16 €	8,00	Planung, Organisation und Finanzierung des ÖPNV im Kreis Neuss	01.01.1996
GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG	234.057,60 €	2,88	234.057,60 €	2,88	Errichtung und Bewirtschaftung in eigenem Namen sowie Verwaltung von Wohnungen	01.01.1970
Bauverein Meerbusch eG	75.928,05 €	4,68	75.928,05 €	4,71	Errichtung und Bewirtschaftung in eigenem Namen sowie Verwaltung von Wohnungen	11.03.1950
Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG	15.400,00 €	2,00	15.400,00 €	2,00	Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Verwaltungsgebiet Kreis Neuss	24.08.1990
Kommunale Datenverarbeitungszentrale	8.000,00 €	8,00	8.000,00 €	8,00	Bereitstellung Technikunterstützter Datenverarbeitung (TUIV) für die Verbandsmitglieder	01.01.1999

Rechtliche Grundlagen des Beteiligungsberichtes

Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung. Die wirtschaftliche Betätigung und nichtwirtschaftliche Betätigung ist in den §§ 107 bis 115 GO NRW geregelt.

§ 107 Abs. 1, Ziffer 1. - 3. GO NRW regelt, dass sich Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn

1. ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschl. der Telefondienstleistungen, der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Hierbei ist als wirtschaftliche Betätigung der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Somit ist die Gemeindewirtschaft begrenzt durch den öffentlichen Zweck. Hierbei handelt es sich um eine Ausformung des allgemeinen Rechtsstaatsprinzips, wonach alle staatliche Tätigkeit auf das Gemeinwohl als Staatszweck begrenzt ist. Dieser Grundsatz wird durch § 1 GO NRW bekräftigt, der die Gemeinde verpflichtet, ihr Gebiet zum Besten ihrer Einwohner zu verwalten. Mit der Bindung der Gemeindewirtschaft an einen öffentlichen Zweck soll die wirtschaftliche Betätigung auf das erforderliche Maß beschränkt werden. Bei der Entscheidung darüber, ob eine Beteiligung durch einen öffentlichen Zweck veranlasst ist, steht der Stadt ein eigener Beurteilungsspielraum zu, der durch die Justiz bzw. Kommunalaufsicht nur eingeschränkt nachprüfbar ist.

Bei der Gründung oder der Beteiligung an einer Einrichtung muss sich die Stadt gem. § 8 Abs. 1 GO NRW innerhalb der Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit bewegen und darf sie nur zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Betreuung seiner Einwohner schaffen.

Als wirtschaftliche Betätigung gilt nach § 107 Abs. 2 GO NRW nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung und Kultur (z. B. Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen, Museen)
 - Sport und Erholung (Sportanlagen, Bäder)
 - Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Senioren- und Behindertenheime)

3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschafts- und Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung, sowie des Messe- und Ausstellungswesens und
5. Einrichtungen, die als Hilfsbetriebe ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Die Gemeindeordnung enthält eine besondere Bestimmung zur Betätigung von Kommunen außerhalb des Gemeindegebietes. Demnach kann sich eine Gemeinde unter Einhaltung der Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 GO NRW auch außerhalb des Gemeindegebietes wirtschaftlich betätigen, wenn die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind (§ 107 Abs. 3 GO NRW)

Durch diese Regelung in § 107 Abs. 4 GO NRW ist auch der Weg für eine ausländische Betätigung der Gemeinde eröffnet. Die Zulässigkeit ist jedoch an seine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde geknüpft.

§ 107 Abs. 5 GO NRW sieht vor, dass die Gemeinde vor einer Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen den Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten hat. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und den für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Während sich § 107 GO NRW auf alle kommunalen Unternehmen unabhängig von der Rechtsform bezieht, wird die Beteiligung an privatrechtlich organisierten Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gesondert in § 108 GO NRW geregelt.

Voraussetzungen für die Gründung einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft oder die Übernahme von Anteilen eines bestehenden Unternehmens sind nach § 108 GO NRW, dass

1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1 GO NRW) die Voraussetzungen des § 107 GO NRW, Abs. 1 Satz 1 gegeben sind,
2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 GO NRW gegeben sind und ein wichtiges Interesse der Stadt an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Stadt auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
4. die Einzahlungsverpflichtung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Stadt steht,

5. die Stadt sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
6. die Stadt einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert ist,
7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird, und
8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden.

Weiter bestimmt die Gemeindeordnung in § 108 Abs. 3 GO NRW eine Subsidiarität für Aktiengesellschaften. Will die Stadt eine Aktiengesellschaft errichten, übernehmen oder sich daran beteiligen, hat sie den Nachweis zu führen, dass der zugrunde liegende öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform, etwa in der Rechtsform der GmbH erfüllt werden kann. Die Regelung in § 108 Abs. 4 GO NRW schreibt fest, dass die Stadt Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen darf, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages sichergestellt ist, dass die Gesellschafterversammlung auch beschließt über

1. den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,
2. den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
3. den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses und
4. die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist.

Darüber hinaus ist durch ausdrückliche Bestimmung im Gesellschaftsvertrag sicherzustellen, dass bei einer GmbH, bei der die Bestellung eines Aufsichtsrates nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, der Gemeinderat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrates Weisungen erteilen kann.

Die Hauptvoraussetzung für eine Beteiligung ist nach § 109 Abs. 1 GO NRW die nachhaltige Erfüllung des öffentlichen Zwecks. Soweit diese nicht gefährdet ist, sollen Unternehmen einen Ertrag für den städtischen Haushalt abwerfen.

Die Vorschriften des § 114 a GO NRW erweitern das Angebot an Rechtsformen des öffentlichen Rechts für die wirtschaftliche Beteiligung.

Über § 114 a GO NRW sind die Kommunen ermächtigt, Unternehmen und Einrichtungen auch in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu gründen.

Vertretung in den Gremien der Unternehmen

Soweit die Stadt an juristischen Personen oder Personenvereinigungen beteiligt ist, hat sie das Recht, Vertreter in deren Organe zu entsenden. Die Regelungen zur Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen sind § 113 GO NRW zusammengefasst worden.

Zur Sicherung gemeindlicher Einflussmöglichkeiten nach § 108 Abs. 1 Nr. 6 GO NRW vertreten durch den Rat der Stadt bestellte Vertreter die Interessen der Stadt in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personalvereinigungen, an denen die Stadt beteiligt ist.

Der Rat kann nach eigenem Ermessen entscheiden, wen er als Vertreter bestellen will. Er ist in seiner Auswahl nicht beschränkt auf Mandatsträger oder Bedienstete der Verwaltung. Falls zwei oder mehr Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter der Stadt dazu zählen. Die Vertreter der Stadt sind an die Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse gebunden, soweit nicht gesellschaftliche Bestimmungen entgegenstehen, und haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen.

Rechte der kommunalen Gesellschafter

Gehören der Stadt unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Anteile oder der vierte Teil der Anteile und stehen ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts zu, so soll sie nach § 112 Abs. 1 GO NRW

- die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
- darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

§ 53 HGGrG bestimmt, dass eine Gebietskörperschaft verlangen kann, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt,
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages,

3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

Nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz kann in den Fällen des § 53 im Gesellschaftsvertrag mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

Die Soll-Vorschrift des § 112 GO NRW wird durch die dazu erlassene Verwaltungsvorschrift insoweit verstärkt, als davon nur aus zwingenden Gründen, die im Einzelfall aktenkundig zu machen sind, abgewichen werden darf.

Bekanntmachung des Beteiligungsberichtes

Die Einsichtnahme in den Beteiligungsbericht ist nach § 112 Abs. 3, 3. bis 5 Satz GO NRW jedermann gestattet. Die Stadt hat den Bericht zu diesem Zweck bereitzuhalten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

BETEILIGUNGEN DER STADT MEERBUSCH

wbm - Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH

Adresse: Hochstraße 1, 40670 Meerbusch
Gründungsdatum: 25.05.1994
Gesellschaftsvertrag: 25.05.1994

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie die Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten und Anlagen der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung verpachten.

Stammkapital

10.225.837,62 €

Bewertung der Städtischen Beteiligung (60%)

anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007: 22.721.700,00 €

Organe

Aufsichtsrat: 10 Mitglieder: 6 Stadt Meerbusch + 4 rhenag
Gesellschafterversammlung: 8 Mitglieder: 6 Stadt Meerbusch + 2 rhenag (4 Stimmen)
Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Manfred Weigand

Mitglieder der Stadt Meerbusch im Aufsichtsrat

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Thomas Jung	Ratsmitglied
Leo Jürgens	Ratsmitglied
Lutz Lienenkämper	Ratsmitglied (bis 14.12.2006)
Wolf Meyer-Ricks	Ratsmitglied
Winfried Sandt	Ratsmitglied

Mitglieder der Stadt Meerbusch in der Gesellschafterversammlung

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Herbert Becker	Ratsmitglied
Holger Losse	Ratsmitglied
Michael Nowack	Erster Beigeordneter
Heinz Ruyter	Ratsmitglied
Petra Schoppe	Ratsmitglied

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages unterliegt u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung. Im Beschluss über die Ergebnisverwendung können die Gesellschafter Beträge in Gewinnrücklagen einstellen oder als Gewinn vortragen. Der Beschluss über die Ergebnisverwendung bedarf einer Mehrheit von 75 % der Stimmen aller Gesellschafter. Laut Bericht des Aufsichtsrates hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat regelmäßig mündlich oder schriftlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat Geschäftsvorgänge von wesentlicher Bedeutung mit der Geschäftsführung beraten und bei Entscheidungen im Rahmen der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mitgewirkt. Der Prüfbericht wurde fristgerecht erstellt. Dem Vorschlag über die Gewinnverwendung hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

Bilanz zum 31.12.2006

wbm

Aktiva

	31.12.2006 €	31.12.2005 €
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	583.272	660.463
Sachanlagen	31.578.880	30.750.007
Finanzanlagen	69.656	74.647
	32.231.808	31.485.117
Umlaufvermögen		
Vorräte	346.898	350.742
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.657.018	11.676.632
Flüssige Mittel	1.436.385	1.649.521
	13.440.301	13.676.995
Rechnungsabgrenzungsposten	313.829	358.157
Summe Aktiva	45.985.938	45.520.169

Passiva

	31.12.2006 €	31.12.2005 €
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	10.225.838	10.225.838
Kapitalrücklage	3.204.901	3.204.901
Gewinnrücklage	1.872.258	1.522.258
Bilanzgewinn	2.394.885	4.145.485
	17.697.882	19.098.482
Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge	5.173.974	5.278.169
Rückstellungen	343.800	239.083
Verbindlichkeiten	22.730.282	20.864.434
Rechnungsabgrenzungsposten	40.000	40.000
Summe Passiva	45.985.938	45.520.169

Gewinn- u. Verlustrechnung

wbm

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

	31.12.2006 €	31.12.2005 €
1. Umsatzerlöse	23.912.458 €	21.546.722 €
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	153.472 €	150.862 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	5.820.064 €	5.633.436 €
4. Materialaufwand	-14.875.891 €	-13.092.934 €
5. Personalaufwand	-2.516.974 €	-2.351.620 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.894.020 €	-2.687.131 €
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.519.755 €	-5.158.598 €
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	58.324 €	304.437 €
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-554.607 €	-577.019 €
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.583.071 €	3.768.155 €
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.175.025 €	-389.527 €
12. Sonstige Steuern	13.647 €	13.769 €
13. Jahresüberschuss	2.394.400 €	414.3912 €
14. Gewinnvortrag	485 €	1.572 €
15. Bilanzgewinn	2.394.885 €	4.145.485 €

A. Wirtschaftliche Entwicklung

Ergebnis und Erträge

Die wbm weist für das abgelaufene Geschäftsjahr 2006 einen Jahresüberschuss von 2.394 T€ aus, der damit in der Größenordnung des um Einmaleffekte aus Steuer- und Zinserstattungen bereinigten Vorjahresergebnisses liegt.

Mit der Übernahme der kompletten Betriebsführung für das Wassernetz Osterath, das nunmehr als eigene Sparte geführt wird, umfasst der Geschäftsbereich der wbm nunmehr vier Sparten: Wasserversorgung, Gasversorgung, Stromversorgung (Verpachtung Stromnetz, Inkasso und Kundenberatung) sowie die Betriebsführung Wassernetz Osterath.

In der Gassparte stieg der Absatz gegenüber dem Vorjahr um rd. 7 Mio. kWh auf 352 kWh. Zu dieser Steigerung hat auch das Geschäftsfeld Mehrwärme/Wärmekontraktung beigetragen, dessen Absatz sich in 2006 von 4,1 Mio. kWh auf 5,0 Mio. kWh erhöhte.

Der starke Anstieg der Erdgasimportpreise als Folge der drastischen Erhöhung der Rohöl- und Ölproduktpreise im weltweiten Handel, führte zu einer deutlichen Erhöhung unserer Einkaufspreise. Bei einem Anstieg der Gasbezugsmenge um 1,9 % sind die Gasbezugskosten um 23,2 % (+ 2.393 T€) gestiegen. Unsere Gasverkaufspreise mussten dementsprechend zum 01.01.2006 um 0,46 Cent/kWh und zum 01.10.2006 um 0,38 Cent/kWh erhöht werden. Die Übereinstimmung dieser Gaspreiserhöhung mit unserer Bezugspreis-Steigerung haben wir gegenüber unseren Kunden durch ein Testat nachgewiesen.

In der Wassersparte stieg die Absatzmenge gegenüber dem Vorjahr um 44 Tm³.

Die Ertragslage in der Stromversorgung ist im Wesentlichen durch die Positionen Pächterlöse und Leasingraten geprägt.

Mit Gründung der WNO-Wassernetz Osterath GmbH in 2004 wurde ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Integration des Wassernetzes Osterath in die wbm getan. Die Gesellschaftsanteile an der WNO-Wassernetz Osterath GmbH werden zu 100 % von der Stadt Meerbusch, die auch die Gesellschafteranteile der Wasserwerk des Kreises Viersen GmbH, der Vorgängergesellschaft der WNO hielt, gehalten. Die WNO-Wassernetz Osterath GmbH wird bis zu einer angedachten Einbringung in die wbm voll umfänglich von der wbm betriebsgeführt.

Investitionen

Das Anlagevermögen einschließlich der immateriellen Vermögensgegenstände erhöhte sich im Berichtsjahr von 31.485 T€ auf 32.232 T€. Insgesamt wurden 3.706 T€ investiert. Damit überschreiten die Investitionen die Abschreibungen um 812 T€.

Ein beträchtlicher Teil der Investitionen entfällt mit 1.166 T€ auf den Bereich der Gasversorgung. Es wurden 339 T€ für die Erneuerung von vorhandenen Gasanlagen, und hier insbesondere zur Erneuerung der Gasrohrleitungen aus der Zeit der Erstversorgung im Stadtteil Buderich aufgewandt. In die Netzerweiterung wurden 181 T€ für 1,9 km Rohrleitungen investiert. Mit 242 T€ wurden 137 neue Hausanschlüsse erstellt.

In dem Geschäftsfeld Mehrwärme/Wärmekontraktung fielen Investitionskosten von 152 T€ an. Zurzeit betreibt die wbm 68 Wärmeeinheiten mit insgesamt 170 Wohneinheiten.

Im Bereich der Wasserversorgung wurden insgesamt 1.245 T€ investiert. Hiervon entfallen 980 T€ auf die Erneuerung von Wasserleitungen. In die Erweiterung des Leitungsnetzes wurden 55 T€ für 0,6 km Wasserleitungen investiert. Mit einem Investitionsaufwand von 179 T€ wurden 93 neue Wasserhausanschlüsse erstellt.

Die Investitionen im Bereich des Stromnetzes betragen 786 T€.

Die wbm hat im Berichtsjahr 2006 die Erweiterung und Verdichtung des Versorgungsnetzes sowie die notwendigen Erneuerungen an den Gas-, Wasser- und Stromversorgungsanlagen planmäßig durchgeführt, so dass die Versorgung der Bevölkerung sowohl qualitativ als auch quantitativ jederzeit sichergestellt war.

Die im Lagebericht und im Anhang gegebenen Erläuterungen legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zielsetzung – die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt – voll entsprochen hat.

Vermögens- und Finanzstruktur

Das Gesamtvermögen der wbm beträgt 45.986 T€, wobei das langfristig gebundene Vermögen mit 32.540 T€ einen Anteil von ca. 71 % und das kurzfristig gebundene Vermögen mit 13.446 T€ einen Anteil von rund 29 % ausmacht.

Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich um 299 T€ auf 18.241 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote liegt mit 39,7 %, verursacht durch das größere Gesamtkapital nur um 0,3 %-Punkte über dem Wert des Vorjahres.

Das langfristig gebundene Vermögen wird zu 101,0 % durch das wirtschaftliche Eigenkapital plus lang- und mittelfristiges Fremdkapital gedeckt. Flüssige Mittel plus Forderungen decken zu 99,8 % das kurzfristige Fremdkapital.

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt im Berichtsjahr 9,0 % gegenüber 9,5 % im Vorjahr. Die Eigenkapitalrentabilität sank um 1,3 %-Punkte auf 19,6 %. Die Umsatzrentabilität beträgt 2006 14,9 % und liegt damit um 2,5 %-Punkte unter dem Vorjahreswert. Bei diesen Kennzahlen zur Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass in den Zahlen von 2005 Einmaleffekte enthalten sind, sich das Kapital gegenüber dem Vorjahr erhöht hat und die Erlössteigerungen im Wesentlichen durch weitergegebene Bezugspreiserhöhungen entstanden sind.

Damit war die Vermögens- Finanz- und Ertragslage der wbm während des gesamten Geschäftsjahres 2006 gut.

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2006 beträgt 2.394.884,52 €, er resultiert aus einem Jahresüberschuss von 2.394.399,78 € und einem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr von 484,74 €.

Die Geschäftsführung schlägt vor von dem ausgewiesenen Bilanzgewinn 2.044.000,00 € auszuschütten, 350.000,00 € in die Gewinnrücklage einzustellen und 884,52 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Risiken

Die Risikobewertung der wbm hat das Ziel, Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und so weit wie möglich zu vermeiden bzw. evtl. Risiken zu beobachten, ggf. zu kontrollieren und durch angemessene Maßnahmen Vorsorge zu treffen.

Verträge jeglicher Art mit darin eingebetteten Derivaten oder Währungsrisiken bestehen nicht. Es werden nur einfache Zinssicherungsgeschäfte getätigt.

Betriebsrisiken werden durch die strikte Einhaltung des Regelwerkes klein gehalten. Es findet kontinuierlich die erforderliche Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter statt. Den erkennbaren Risiken wird, so weit handelsrechtlich zulässig, durch angemessene Rückstellungen wie auch durch einen umfangreichen Versicherungsschutz, der regelmäßig überprüft wird, ausreichend Rechnung getragen.

Wettbewerbsrisiken entstehen mit Öffnung der Energiemärkte, die Veränderungen des Kundenbestandes zulassen aber andererseits eine optimierte, flexible Energiebeschaffung ermöglichen. Die wbm hat hierzu eine Stelle Energiedatenmanagement geschaffen und beginnt ein Bezugsportfolio aufzubauen, um die neuen Möglichkeiten des strukturierten Gasbezuges zu nutzen.

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios der wbm lässt die Aussage zu, dass in 2006 keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdeten Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

B. Aktivitäten und Ausblick

Im Jahr 2006 hat die wbm erhebliche Anstrengungen unternommen, um die durch das neue Energiewirtschaftsgesetz geschaffenen neuen rechtlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen. Dieses Gesetz hat den Rahmen für das unternehmerische Handeln, auch der wbm, stark verändert. Durch die vom Gesetzgeber geforderte Trennung von Energieerzeugung, Transport und Verteilung, mussten auch bei der wbm organisatorische Veränderungen vorgenommen werden. Um die Netze auch fremden Vertrieben diskriminierungsfrei zu regulierten Bedingungen zur Verfügung zu stellen, wurde es erforderlich, bei der wbm Vertrieb und Netz organisatorisch und informatorisch zu trennen; so dass die wbm nunmehr vier Bereiche mit je einem Bereichsleiter unterhält. Netz, Vertrieb, Kundenservice und Finanzen.

Um die geforderte Trennung von Netz und Vertrieb auch in den Arbeitsprozessen sicherzustellen und zu dokumentieren, wurde ein Gleichbehandlungsprogramm (für alle Vertriebe) aufgestellt, die Mitarbeiter geschult und zur Einhaltung verpflichtet.

Um die mannigfaltigen Aufgaben des neuen Energiewirtschaftsgesetzes zu koordinieren, wurde die Stelle eines Regulierungsdaten- und Energiedaten-Managers geschaffen. Er wacht darüber, dass die Berichts- und Veröffentlichungspflichten eingehalten und die Umsetzungspflichten aus dem Gesetz wahrgenommen werden.

Aus den gleichen Gründen hat es sich als notwendig erwiesen, die EDV-Betreuung, die bislang extern wahrgenommen wurde, nunmehr bei der wbm selbst zu etablieren und hierfür einen neuen Mitarbeiter einzustellen.

Mit hohem Eigen- und Fremdaufwand wurden die Anträge zur Genehmigung des Netzentgeltes für Gas incl. der vielen Begleitberichte und Unterlagen für die Regulierungsbehörde erarbeitet. Die wbm stellte Netzentgelтанträge zum 01.02.2006 und zum 01.08.2006, die Bescheide liegen noch nicht vor.

Für den nächsten Gasnetzentgelтанtrag zum 30.09.2007 wird die wbm einen sehr detaillierten auf Prozesskosten aufbauenden Netzentgelтанtrag stellen. Die Erarbeitung der Prozesskosten wird zurzeit durchgeführt.

In 2006 ist die wbm der Vereinbarung über die Kooperation gem. § 20 Absatz 1b EnWG zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen beigetreten. Wir haben uns damit verpflichtet, den Netzzugang zu unserem Verteilnetz, allen Transportkunden diskriminierungsfrei zu gewähren. Zurzeit wird die Kooperations-Vereinbarung von den Verbänden aufgrund der Entscheidung der Bundesnetzagentur vom 17. November 2006 wonach nur das so genannte Zweivertragsmodell den gesetzlichen Vorgaben entspricht, überarbeitet.

Die Umsetzung der neuen Vertragsbedingungen, die in der Gasgrundversorgungsverordnung und der Niederdruckanschlussverordnung festgeschrieben sind, ist in vollem Gange und werden ebenfalls fristgerecht umgesetzt werden.

Neben den großen Anstrengungen, die Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes zu erfüllen, hat die wbm in 2006 die Verbesserung ihrer Ablaufprozesse mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung fortgeführt. Darüber hinaus wurde eine Überprüfung der Sachkosten vorgenommen um in diesem Bereich Einsparungen zu erzielen.

Im Vertriebsbereich wurde und wird das Produktportfolio der wbm ausgebaut. Das Wärmekontraktung wird verstärkt weiter durchgeführt und versucht auf Nahwärmelösungen auszuweiten. Darüber hinaus will die wbm prüfen, ob sie Kraftwärmeprojekte mit dezentraler Energieerzeugung realisieren kann.

In den Bereichen Vertrieb und Kundenservice werden große Anstrengungen unternommen, um die Kunden mit den angebotenen Produkten und Dienstleistungen mit einem guten PreisLeistungsverhältnis zu überzeugen. Hierzu werden neue Produkte und Vertragsmodelle entwickelt. Die Frage, Leistungen zuzukaufen oder selbst zu erbringen, wird immer wieder neu gestellt, ebenso wie die Frage nach Aufgabenkooperationen vor allem in den Bereichen Netz und Beschaffung. Durch solche Aufgabenkooperationen können Prozesse wirtschaftlicher gestaltet und damit dem Kunden ein günstiges PreisLeistungsverhältnis angeboten werden.

Einen weiteren Schwerpunkt wird die wbm auf die Energieberatung ihrer Kunden legen und somit Effizienzsteigerung nicht nur im eigenen Unternehmen voranbringen, sondern auch beim Energieeinsatz ihrer Kunden.

Mit der Eröffnung der Erdgastankstelle in Lank, im August 2006, hat die wbm ihr Geschäftsfeld erweitert und dem Kunden eine ökonomische und ökologische Variante zum Mineralölverbrauch im Individualverkehr angeboten. Die Absatzzahlen der Erdgastankstelle entwickeln sich erfreulich positiv.

Nach dem bisherigen Geschäftsverlauf für 2007 ist zu erwarten, dass das im Wirtschaftsplan vorgesehene Jahresergebnis von 2,3 Mio. €, vor allem durch Umsatzrückgänge im Bereich der Gassparte wohl nicht zu erreichen sein wird. Ursächlich hierfür ist der Einbruch der Gasabgabe aufgrund der milden Witterung Anfang 2007. Bis Ende April ist der Gasabsatz erheblich im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Es ist vorgesehen, die monatlichen Abschläge auf die Gasverbräuche der Kunden entsprechend anzupassen. Diese Maßnahme wird den Kunden ebenso entlasten wie die zwei durchgeführten Gaspreissenkungen zum 01.01.2007 (- 0,16 Cent/kWh) als auch zum 01.04.2007 (- 0,37 Cent/kWh). Mit diesen Preissenkungen hat die wbm ihre Bezugspreissenkungen in voller Höhe weitergegeben und gehört zurzeit mit zu den günstigen Gasversorgern in NRW.

Die Investitionen im Bereich der Gasversorgung werden im Wesentlichen in der Verdichtung und Erweiterung für Neuanschlüsse sowie in der Sanierung bzw. Erneuerung der Versorgungsleitungen aus der Zeit vor 1940 getätigt werden.

Die Wasserabgabe entspricht dem Vorjahresniveau.

Die Investitionen im Bereich der Wasserversorgung liegen schwerpunktmäßig in der Sanierung der Faserzementrohrleitungen im Versorgungsbereich des Wasserwerkes Lank-Latum.

wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH

Manfred Weigand
- Geschäftsführer –

Wassernetz Osterath GmbH

Adresse: Hochstraße 1, 40670 Meerbusch
Gründungsdatum: 27.08.2004 rückwirkend zum 01.01.2004
Betriebsführungsvertrag: 21.12.2004

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Wasserversorgung im Bereich Meerbusch-Osterath sowie angrenzender Gebiete. Zur Herstellung und Sicherung einer einwandfreien Wasserversorgung ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, andere Unternehmen einrichten, pachten und erwerben. Ferner kann sie Zweigniederlassungen errichten.

Stammkapital

25.000,00 €

Bewertung der Städtischen Beteiligung (100%) anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007:

2.511.900,00 €

Organe

Geschäftsführung
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Mitglieder des Aufsichtsrates

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Leo Jürgens	Ratsmitglied
Thomas Jung	Ratsmitglied
Lutz Lienenkämper	Ratsmitglied
Wolf Meyer-Ricks	Ratsmitglied
Winfried Sandt	Ratsmitglied

Mitglieder der Gesellschafterversammlung

Dieter Spindler	Bürgermeister (Vorsitzender)
Herbert Becker	Ratsmitglied
Holger Losse	Ratsmitglied
Michael Nowack	Erster Beigeordneter
Heinz Ruyter	Ratsmitglied
Petra Schoppe	Ratsmitglied

Nach § 10 des Gesellschaftsvertrages entscheidet die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung. Laut Bericht des Aufsichtsrates hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat regelmäßig mündlich oder schriftlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat Geschäftsvorgänge von wesentlicher Bedeutung mit der Geschäftsführung beraten und bei Entscheidungen im Rahmen der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben mitgewirkt. Der Prüfbericht wurde fristgerecht erstellt. Dem Vorschlag über die Gewinnverwendung hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

Bilanz zum 31.12.2006

WNO

Aktiva

	31.12.2006	31.12.2005
	€	€
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	43.576	49.535
Sachanlagen		
1. Technische Anlagen	1.791.448	1.857.904
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau		0
	<u>1.835.024</u>	<u>1.907.439</u>
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	213.432	251.248
2. Forderungen gegen Gesellschafter		0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	211.193	280.042
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	0	300
	<u>424.625</u>	<u>531.590</u>
Rechnungsabgrenzungsposten		
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	3.250	4.250
	<u>2.262.899</u>	<u>2.443.279</u>
Passiva		
	31.12.2006	31.12.2005
	€	€
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000
Kapitalrücklage	203.176	203.176
Jahresüberschuss	172.627	178.497
	<u>400.803</u>	<u>406.673</u>
Empfangene Ertragszuschüsse	8.355	15.921
Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	0	36.010
2. Sonstige Rückstellungen	12.000	12.000
	<u>12.000</u>	<u>48.010</u>
Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	837.805	770.000
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	143.308	260.642
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	78.738	119.731
4. Sonstige Verbindlichkeiten	781.890	822.302
	<u>1.841.741</u>	<u>1.972.675</u>
	2.262.899	2.443.279

Gewinn- u. Verlustrechnung

WNO

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

	31.12.2006 €	31.12.2005 €
1. Umsatzerlöse	1.348.486	1.365.305
2. Sonstige betriebliche Erträge	33.371	31.356
3. Materialaufwand	- 596.869	- 592.116
4. Personalaufwand	- 7656	- 7.510
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachlagen	- 95.623	- 95.168
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 343.614	- 345.594
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.279	2.139
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	63.113	- 55.594
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	280.260	302.817
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	107.633	- 124.320
11. Jahresüberschuss	172.627	178.497

WNO-Wassernetz Osterath GmbH

Lagebericht für das Jahr 2006

Die WNO-Wassernetz Osterath GmbH wurde rückwirkend zum 01.01.2004 gemeinsam mit vier weiteren Gesellschaften durch die Aufspaltung des Wasserwerkes des Kreises Viersen GmbH gegründet.

Die wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH hat ab dem Jahre 2005 die Betriebsführung für die WNO im kaufmännischen und technischen Bereich voll umfänglich übernommen.

Die WNO-Wassernetz Osterath GmbH konnte im Geschäftsjahr 2006 einen erfolgreichen Geschäftsverlauf verzeichnen. Der Jahresüberschuss belief sich auf 173 T€ (Vorjahr: 178 T€).

Die Erträge aus dem Wasserverkauf betragen im Jahre 2006 1.332 T€ und liegen damit um 17 T€ unter dem Vorjahreswert von 1.349 T€, obwohl zum 01.07.2006 eine Erhöhung des Wasserpreises stattfand (Erhöhung der Grundpreise für die erste Wohneinheit um 1,57 € und für die zweite Wohneinheit um 0,78 € bei gleichzeitiger Senkung des Arbeitspreises von 1,495 auf 1,455 €). Verursacht wurde der Mindererlös durch einen Rückgang der Trinkwasserabgabe von 655 Tm³ auf 620 Tm³.

Das Gesamtvermögen des Unternehmens hat sich im Berichtsjahr von 2.443 T€ um 180 T€ auf 2.263 T€ verringert.

Nach Investitionen in Höhe von 16 T€ in 2005 wurde auch in 2006 mit 24 T€ sehr zurückhaltend investiert und nur notwendige Maßnahmen durchgeführt. Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe von 96 T€ entgegen, so dass sich das Anlagevermögen per Saldo um 72 T€ vermindert hat.

Auch im Jahr 2007 sollen die Investitionen auf das notwendige Maß begrenzt bleiben, allerdings sollen bei Rohrbrüchen, wenn wirtschaftlich sinnvoll, aktivierungsfähige Abschnitte saniert werden, um die Unterhaltungsaufwendungen im bisherigen Rahmen zu halten.

Außerdem soll die Möglichkeit wahrgenommen werden bei Baumaßnahmen durch Dritte Mitverlegungen zu tätigen.

Im Bereich des kurzfristigen Vermögens sind die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 38 T€ gesunken.

Bei den Passiva haben sich vor allem die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 117 T€, die sonstigen Verbindlichkeiten um 40 T€ und die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter um 41 T€ vermindert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um 68 T€ erhöht.

Die Eigenkapitalquote von 10,3 % (Vorjahr: 9,7 %) ist verbesserungswürdig und soll weiter beobachtet werden.

Der Anlagendeckungsgrad, gebildet aus wirtschaftlichem Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gegenüber dem langfristig gebundenen Vermögen, hat sich um 0,4 % auf 80,2 % erhöht und kann als ausreichend gelten.

Das Verhältnis flüssige Mittel plus Forderungen gegenüber kurzfristigem Fremdkapital (Liquidität zweiten Grades) ist am Bilanzstichtag mit 54,1 % (Vorjahr 58,2 %) noch nicht ausreichend und muss verbessert werden. Trotz dieser insgesamt nicht ganz ausreichenden Finanzwerte ist der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet, da die WNO als 100%ige Tochter der Stadt Meerbusch kreditwürdig ist.

Die Risikobewertung der WNO hat das Ziel, Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und soweit wie möglich zu vermeiden bzw. eventuelle Risiken zu beobachten, ggf. zu kontrollieren und durch angemessene Maßnahmen Vorsorge zu treffen. Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand des Unternehmens gefährden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Die im Anhang und im Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten legen dar, dass das Unternehmen der öffentlichen Zielsetzung – die öffentliche Versorgung mit Wasser – entsprochen hat.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2006 beträgt 172.627 €.

Die Geschäftsführung schlägt vor, von dem ausgewiesenen Jahresüberschuss 100 T€ an den Gesellschafter auszuschütten, 72 T€ in die Gewinnrücklage einzustellen und 627 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Ausblick 2007

Der Wasserabsatz der WNO-Wassernetz Osterath GmbH liegt auch in 2007 in der Größenordnung der letzten Jahre. Bis einschließlich Mitte Mai 2007 sind keine größeren Investitionen angefallen. Die Versorgungslage ist stabil, obwohl eine Bestandsaufnahme der Hydranten und Armaturen gezeigt hat, dass kurzfristige Investitionen notwendig werden.

In der zweiten Jahreshälfte 2007 plant die RWE im Versorgungsgebiet Erneuerungen im Nieder- und Mittelspannungsnetz. Es ist vorgesehen im Zuge dieser Maßnahmen punktuelle Sanierungen des Wasserrohrnetzes durchzuführen um Synergieeffekte realisieren zu können.

Insgesamt ist für 2007 ein zufriedenstellender Geschäftsverlauf zu erwarten und es ist davon auszugehen, dass das im Wirtschaftsplan vorgesehene Jahresergebnis von 160 T€ erreicht werden kann.

WNO-Wassernetz Osterath GmbH

Manfred Weigand, Geschäftsführer

Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH

Adresse: Oberstraße 91, 41460 Neuss
Kreistagsbeschluss: 26.09.1995
Gesellschaftsvertrag: 26.10.1995
Gründungsdatum: 01.01.1996
Beitritt Stadt: 20.05.1996

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

- Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisverkehrsplanes.
- Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Zu diesem Zweck kann das Unternehmen insbesondere selbst Linien-, Gelegenheits- und Schülerspezialverkehr mit Kraftfahrzeugen einschließlich schienengebundene Fahrzeuge - organisieren und die Nutzung von Fahrwegen regeln.
- Das Unternehmen kann weiterhin Verträge mit solchen Unternehmungen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Einrichtungen abschließen, die diesen Zweck fördern, sich hieran beteiligen sowie Mitglied werden.
- Möglichkeit, sich anderer Unternehmungen, Körperschaften und Einrichtungen durch den Abschluss entsprechender Verträge zu bedienen.
- Erarbeitung und Fortschreibung des Nahverkehrsplans für das Gebiet des Kreises Neuss in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Kreises Neuss.

Aufgabe der Gesellschaft ist es **nicht**, selbst Fahrleistungen zu erbringen.

Stammkapital (lt. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27.03.2007)

26.200,-- €

Gesellschafter/Beteiligungen/Übernahme der Geschäftsanteile

Kreis Neuss	8.500,00 €	32,44%		
Stadt Neuss	6.500,00 €	24,81%	06.09.1996	Stadtwerke
Stadt Grevenbroich	2.400,00 €	9,16%	20.05.1996	
Stadt Dormagen	2.100,00 €	8,02%	20.05.1996	Verkehrsgesellschaft
Stadt Meerbusch	2.100,00 €	8,02%	20.05.1996	
Stadt Kaarst	1.600,00 €	6,11%	18.12.1996	
Stadt Korschenbroich	1.300,00 €	4,96%	20.05.1996	
Gemeinde Jüchen	1.100,00 €	4,20%	20.05.1996	
Gemeinde Rommerskirchen	600,00 €	2,29%	20.05.1996	

Bewertung der Städtischen Beteiligung

anhand des Eigenkapitals zum 01.01.2007: 1.400,00 €

Organe

Geschäftsführer
Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung

Vertreter im Aufsichtsrat

Bürgermeister Dieter Spindler
Ratsherr Jörg Wartchow

Vertreter in der Gesellschafterversammlung

I. Beigeordneter Nowack

Gewinn- und Verlustausgleich (§ 13 Gesellschaftsvertrag)

Die Gewinnverteilung erfolgt gem. § 29 GmbH-Gesetz (s. aber auch Auszug aus der Präambel dieses Vertrages, Seite 26).

Der Kreis trägt insbesondere die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft sowie die Kosten für die Erstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes bis zur Höhe von 1%-Punkt der Kreisumlage. Übrige Defizite, insbesondere Defizite aus den Verkehren der Gesellschaft, werden entsprechend der Bedienung auf die Städte und Gemeinden bzw. deren Eigengesellschaften verteilt.

Ab dem 01.01.1997 werden die Kosten des ÖPNV über die Kreisverkehrsgesellschaft abgewickelt. 1997 betrug das Aufteilungsverhältnis 60:40. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Kreisverkehrsgesellschaft mbH haben in der Sitzung am 24.11.1997 beschlossen, dass für die Jahre ab 1998 die ÖPNV-Kosten kreisintern zu 100 % umgelegt werden. Die Stadt Meerbusch erhält dann bis zu einer Kostenverteilungsregelung für die Stadtbahnbedienung durch die Rheinbahn einen Betrag von 70 % aus der Landespauschale als Zuschuss zu den ÖPNV-Kosten der Stadt.

Ab 2004 wurde die Landespauschale von 500.000 € auf 150.000 € gesenkt. Die Gesellschafterversammlung hat am 29.03.2004 beschlossen, dass nach Abzug von Kosten der Kreisverkehrsgesellschaft den Restbetrag an die kreisangehörigen Kommunen in dem bisher vereinbarten Verhältnis zu verteilen.

Rechte der Gesellschafter

§ 12 Abs. 4, 2. Satz

Die Abschlussprüfung muss sich auch auf die Prüfungsgegenstände des § 53 Abs. Haushaltsgrundsatzgesetz erstrecken.

§ 12 Abs. 6

Den Rechnungsprüfungsämtern der Gesellschafter stehen die Rechte gem. § 54 HGrG zu.

Bilanz zum 31.12.2005

Verkehrsgesellschaft
mbH Kreis Neuss

Aktiva

	31.12.2005 €	31.12.2004 €
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.377	27.219
II. Kassenbestand, Postgirokontoguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten		
Festgeld	25.565	25.565
Bankguthaben	872.053	433.282
Umlaufvermögen	924.995	486.065

Passiva

	31.12.2005 €	31.12.2004 €
A. Eigenkapital		
I Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565
II Kapitalrücklage	14.045	14.045
III Gewinn-/Verlustvortrag	-32.902	-29.966
IV Jahresüberschuss/-fehlbetrag	10.238	-2.936
B Rückstellungen	0	0
1. Rückstellungen	4.200	14.263
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	0	0
2. Sonstige Verbindlichkeiten	903.850	465.095
Bilanzsumme	924.995	486.065

Gewinn- u. Verlustrechnung

Verkehrsgesellschaft
mbH Kreis Neuss

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005

	31.12.2005	31.12.2004
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	0	0
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.373	3.441
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.611	505
4. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.238	-2.936
5. außerordentliche Erträge	0	0
6. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	10.238	-2.936

GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG

Adresse: Willy-Brandt-Ring 17, 41747 Viersen
Gründungsdatum: 12.06.1901
Satzung (letzte Fassung): 16.06.2005

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 der Satzung)

1. Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck).
2. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, sozialwirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.
3. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.
4. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne dieser Satzung.
5. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschl. einer angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.
6. Die Gesellschaft ist am 31.12.1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt. Sie wird im Jahre 1990 wie bisher die gemeinnützigkeitsrechtlichen zulässigen Geschäfte betreiben.

Stammkapital

8.127.000,00 €

Aktionäre/Beteiligungen

Wirtschaftsförderungsgesellschaft		
des Kreises Viersen -WfG-	3.360.000,00 €	41,34%
Sparkasse Krefeld	3.162.600,00 €	38,92%
Stadt Willich	448.350,00 €	5,52%
Schwalmtalwerke	242.025,00 €	2,98%
Stadt Meerbusch	234.150,00 €	2,88%
Stadt Viersen	201.075,00 €	2,47%
Gemeinde Niederkrüchten	157.500,00 €	1,94%
Gemeinde Brüggen	116.550,00 €	1,43%
Stadt Krefeld	88.200,00 €	1,09%
Stadt Tönisvorst	36.750,00 €	0,45%
Stadt Kempen	26.250,00 €	0,32%
Stadt Nettetal	26.250,00 €	0,32%
Gemeinde Grefrath	25.725,00 €	0,32%
Sonstige	1.575,00 €	0,02%

Bewertung der Städtischen Beteiligung (2,88%)
anhand des Ertragswertes zum 01.01.2007: 37.869.000,00 €

Organe

- Vorstand
- Aufsichtsrat
- Hauptversammlung

Die Gesellschaft hat einen Verwaltungsbeirat zur Beratung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.

Städt. Vertreter im Verwaltungsbeirat

Beigeordneter Mattner-Stellmann
Vertreter: I. Beigeordneter Nowack

Städt. Vertreter in der Hauptversammlung

StOVR Thomas Fox
Vertreter StOVR Jürgen Wirtz

Gewinn-/Verlustregelung lt. Satzung

§ 17

1. Aus dem Jahresüberschuss abzgl. eines Verlustvortrages aus dem Vorjahr ist der zwanzigste Teil so lange in die gesetzliche Rücklage einzuteilen, bis 50 % des Grundkapitals erreicht oder wieder erreicht sind. Die gesetzliche Rücklage darf nur nach den gesetzlichen Vorschriften verwandt werden.
2. Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, so sollten sie die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Sie sind ermächtigt, bis zu 90 % des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen, bis diese die Hälfte des Grundkapitals erreicht haben, sofern hierdurch die Zahlung der nach § 18 dieser Satzung in Aussicht genommenen Dividende nicht in Frage gestellt wird. Dabei sind Beträge, die in die gesetzliche Rücklage einzustellen sind und ein Verlustvortrag vorab dem Jahresüberschuss abzuziehen.
3. Stellt die Hauptversammlung den Jahresabschluss fest, so kann sie höchstens die Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 18

1. Die Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des Bilanzgewinns. An die Aktionäre darf hiervon jährlich höchstens 4 % ihrer Einzahlungen auf die übernommenen Aktien ausgeschüttet werden. Soweit der Bilanzgewinn nicht unter die Aktionäre verteilt wird, ist er für die Bildung anderer Gewinnrücklagen oder als Gewinnvortrag zu verwenden.
2. Der Vorstand ist nicht befugt, außerhalb eines von der Hauptversammlung ordnungsgemäß gefassten Gewinnverteilungsbeschlusses den Aktionären oder ihnen nachstehenden Personen oder Gesellschaften Vorteile irgendwelcher Art vertragsgemäß oder durch einseitige Handlungen zuzuwenden. Die Aktionäre, die solche Zuwendungen erhalten haben oder denen die Zuwendungsempfänger nahe stehen, sind zur Rückgabe bzw. zum Wertsatz verpflichtet. Die genannten Aktionäre müssen in diesem Fall an die Gesellschaft - zusätzlich - einen Betrag in Höhe der auf die Zuwendung entfallenden anrechenbaren Körperschaftssteuer, die auf ihre Ertragsteuerverpflichtungen anzurechnen ist, abzuführen.

Bilanz zum 31.12.2006

gwg

Aktiva

	31.12.2006	31.12.2005
	€	€
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	19.949	33273
Sachanlagen	97.606.214	95.788.025
Finanzanlagen	495.910	495.910
	<u>96.317.208</u>	<u>96.317.208</u>
Umlaufvermögen		
Vorräte	12.162.037	12.819.772
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	305.590	144.525
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.788.397	642.571
Umlaufvermögen insgesamt	<u>14.256.024</u>	<u>13.606.800</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	146.141	140.563
	112.685.823	110.064.639
Passiva		
	31.12.2005	31.12.2004
	€	€
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	8.127.000	8.127.000
Gewinnrücklagen		
Gesetzliche Rücklage	4.063.500	4.063.500
Bauerneuerungsrücklagen	10.000.000	10.000.000
Andere Gewinnrücklagen	9.050.000	8.800.000
Bilanzgewinn	457.895	604.645
Eigenkapital insgesamt	<u>31.698.395</u>	<u>31.595.145</u>
Rückstellungen	656.135	1.337.648
Verbindlichkeiten	80.331.294	77.131.846
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	112.685.823	110.064.639

Gewinn- u. Verlustrechnung

gwg

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

	31.12.2006 €	31.12.2005 €
1. Umsatzerlöse	21.036.525,99	20.176.935
2. Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	-187.948	111.592
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	257.323	205.031
4. Sonstige betriebliche Erträge	839.099	679.760
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	12.554.779	11.496.792
6. Rohergebnis	9.390.220,53	9.676.526
7. Personalaufwand	2.481.717	2.517.867
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.551.590	2.500.390
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.016.794	980.393
10. Erträge aus Ergebnisabführung	5.890	8.553
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzvermögens Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	51.433	30.794
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	406
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.284.792	2.450.627
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.112.650	1.266.189
15. Steuern vom Einkommen	153.982	153.982
16. Sonstige Steuern	514.859	513.985
17. Jahresüberschuss	443.810	598.223
18. Gewinnvortrag aus Vorjahr	14.085	6.4223
19. Bilanzgewinn	457.895	604.645

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1. Darstellung des Geschäftsverlaufes und Geschäftsergebnisses

Das im Jahre 1901 als Aktiengesellschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Viersen.. wesentliche Anteilseigner sind der Kreis Viersen (Über seine Wirtschaftsförderungsgesellschaft) sowie die Sparkasse Krefeld. Hauptgeschäftsfeld des Unternehmens ist die Verwaltung des eigenen Wohnungsbestandes. Weitere Felder sind die Fremdverwaltung (Verwaltung des Wohnungsbesitzes Dritter) sowie auslaufend das Bauträrgeschäft. Der regionale Tätigkeitsschwerpunkt liegt in den Städten und Gemeinden des Kreises Viersen. sowie in den Städten Krefeld und Meerbusch.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2006 war durch folgende wesentliche gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet:

Die **gesamtwirtschaftliche Lage** der Bundesrepublik Deutschland ist durch eine deutliche wirtschaftliche Erholung in 2006 gekennzeichnet. Die Konjunktorentwicklung wird - bei weiterhin kräftig steigenden Exporten – auch zunehmend von der Inlandsnachfrage getragen. Auch wenn der Hauptanstieg im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen erkennbar ist, steigen doch die Bauinvestitionen nach einem mehr als 10-jährigen Rückgang wieder erkennbar an.

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes für die Jahre 2004 – 2006 sowie seine Verwendung, insbesondere im Bereich der Bauinvestitionen, ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Bruttoinlandsprodukt	2004	2005	2006
preisbereinigt	+1,2 %	+0,9%	+2,5%
preis- und kalenderbereinigt	+0,8%	+1,1%	+2,7%
Private Konsumausgaben	+1,7%	+1,4%	+2,0%
Konsumausgaben des Staates	-0,5%	+1,1%	+1,5%
Ausrüstungsinvestitionen	+3,1%	+5,0%	+6,4%
Bauinvestitionen	-2,5%	-2,7%	+6,1%

Die ursprünglich für 2007 erwartete Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um 1,4 %, die insbesondere aufgrund der nur schwer einschätzbaren Auswirkung der Mehrwertsteuererhöhung zum 01.01.2007 vorsichtig geschätzt wurde, ist mittlerweile von führenden Wirtschaftsinstituten auf deutlich über 2,0 % angehoben worden. Es wird daher eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung auch in 2007 erwartet.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** profitierte von dieser konjunkturellen Erholung. Das Vorjahresniveau der Arbeitslosigkeit wurde deutlich unterschritten, betrug die Arbeitslosenquote im Dezember 2005 noch 11,1%, so lag sie im Dezember 2006 bei 9,6%. in absoluten Zahlen bedeutet dies einen Rückgang um 597.000 Arbeitslose. Nachdem so die konjunkturelle Erholung auch den Arbeitsmarkt erreicht hat, wird für 2007 zwar mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet, die Prognosen gehen dabei im Jahresdurchschnitt von einer Arbeitslosenzahl von über 4 Millionen und einer durchschnittlichen Quote von 10,0% aus.

Der **Kapitalmarkt** ist weiterhin gekennzeichnet durch ein im langjährigen Vergleich niedriges Zinsniveau, obwohl die EZB in 2006 den Leitzins mehrfach angehoben hat. Das Kreditneugeschäft inländischer Banken verlief im Jahresvergleich im Wesentlichen oszillierend, jedoch war ein leichter Anstieg der Zinssätze über alle Fristigkeiten zu verzeichnen. Für das Jahr 2007 wird gleichfalls mit einem moderaten Anstieg gerechnet.

Die konjunkturelle Entwicklung hat sich in 2006 im Bereich der **Bauwirtschaft** in einem - wenn auch bescheidenen – Produktions- und Umsatzzuwachs niedergeschlagen. So wird für 2006 mit einem Umsatzplus von nominal 6,5% gerechnet. Als Beschäftigtenzahl für 2006 im Bauhauptgewerbe wird mit 717.000 Personen gerechnet. Bei einem Umsatzplus von nominal 3,5% in 2007 wird von einer Beschäftigtenzahl von 722.000 Personen ausgegangen. Insgesamt dürfte diese Nachfragesteigerung auf einen in den letzten Jahren geschrumpften Anbietermarkt stoßen und so zu Preiserhöhungen bei Bau Dienstleistungen führen.

Im **Immobilienmarkt** ist die Wohnbautätigkeit seit Mitte 2005 erstmals nach langer Zeit aufwärts gerichtet. Inwieweit sich diese Entwicklung durch Vorzieheffekte aufgrund des Wegfalls der Eigenheimförderung und des verkündeten Anstiegs der Mehrwertsteuer begründet, ist nicht eindeutig abzuschätzen. Allerdings wird im Allgemeinen für 2007 wieder ein Rückgang erwartet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Wohnungsnachfrage sich regional stark unterschiedlich entwickelt. Außerdem ist zu beobachten, dass Immobilien zunehmend zu einem normalen Handelsgut werden, wie dies durch die Paketverkäufe insbesondere an Finanzinvestoren dokumentiert wird. Insgesamt kann jedoch weiterhin als noch entspannt beschrieben werden.

Die Angebots- und Nachfragesituation für Mietwohnungen in unserem regionalen Tätigkeitsbereich war im abgelaufenen Geschäftsjahr – wie schon in den Vorjahren – als ausgeglichen zu bezeichnen. In unserem regionalen Tätigkeitsbericht sind nach unserer Beobachtung die Nettokaltmieten weitestgehend konstant geblieben, in einigen Marktsegmenten leicht gestiegen. Die Steigerung der Betriebskosten insbesondere im Bereich der Energieversorgung hält weiterhin an und führte bei einem Teil unserer Mieterinnen und Mieter zu nicht völlig unbedenklichen Belastungen. Diese Tendenzen werden sich im Geschäftsjahr 2007 fortsetzen.

Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund ist der **Geschäftsverlauf** für unser Unternehmen im Bereich des Geschäftsfeldes Wohnungsverwaltung als zufriedenstellend zu bezeichnen. Leerstandquote (2,67%) sowie Fluktuationsrate (12,0%) waren gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Der weiterhin unbefriedigende Verlauf der Geschäftstätigkeit im Geschäftsfeld Bauträgerschaft führt dazu, dass wir seinen Umfang weiter einschränken werden.

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Überschuss von T€ 444 der – Im wesentlichen bedingt durch Mehrausgaben im Bereich der planmäßigen Instandhaltung – leicht unterhalb des im Wirtschaftsplan vorgesehenen Ergebnisses lag. Es ist beabsichtigt, wie im Vorjahr, eine Dividende von 22,00 € je Stückaktie (T€ 340,6) auszuschütten und einen Betrag von T€ 100,0 in die Gewinnrücklage einzustellen. Zu Einzelheiten dieses Ergebnisses wird auf Ziff. 2.1 verwiesen.

Das Unternehmen verwaltete am 31.12.2006 4.334 (Vorjahr 4.343) eigene Wohnungen sowie folgende Objekte Dritter: 276 WE, 138 Gewerbeeinheiten, 392 Garagen/Stellplätze und 9 WEG. Von den eigenen Objekten unterlagen 3.504 der Kostenmiete. Im Besitz des Unternehmens befinden sich weiterhin 7 Gewerbeeinheiten sowie 1.017 Garagen und 578 Stellplätze. In der regionalen Aufgliederung verteilt sich der Bestand unserer eigenen Wohnungen wie folgt:

Willich	654 WE
Krefeld	145 WE
Meerbusch	695 WE
Nettetal	822 WE
Grefrath	198 WE
Brüggen	146 WE
Viersen	720 WE
Kempen	451 WE
Schwalmtal	375 WE
Tönisvorst	107 WE
Niederkrüchten	21 WE

Die Umsatzentwicklung in den einzelnen Bereichen kann direkt der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete des Unternehmens betrug in 2006 4,09 € pro qm. Am Bilanzstichtag betrug der Leerstand 116 WE (davon 40 WE marktbedingt).

Neben den geplanten Großinstandhaltungen wurden im Geschäftsjahr T€ 1.874 für Modernisierungen in die Bauten des Anlagevermögens investiert. Als wesentliche Maßnahme sind hier die Vollmodernisierungen unserer Objekte Grefrath-Oedt, Johann-Gastes-Straße und Nettetal, Ostdeutscher Weg, zu nennen. Weitere Modernisierungsmaßnahmen betrafen Wohnungszusammenlegungen und Einbau von Heizungen. Im Bereich der Großinstandhaltungen lag der Schwerpunkt im Bereich von Dach- und Fassadensanierung sowie Fenstermodernisierung.

Im Neubaubereich lag der Schwerpunkt unserer Tätigkeit auf der Errichtung von 12 Reihenfamilienhäusern in Kempen, Oedter Weg, (davon 6 für unser Anlagevermögen) sowie die Errichtung eines Bürogebäudes in Willich, Gewerbegebiet „Stahlwerk Becker“, das die Stadt Willich anmieten wird.

1.2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche Leistungsindikatoren des Unternehmens sind im Vergleich für die Jahre 2002 – 2006 einschließlich der zugrunde liegenden finanziellen Größen in der folgenden Tabelle dargestellt.

	in	2006	2005	2004	2003
Bilanzsumme	T€	112.686	110.065	109.933	106.874
Sachanlagevermögen	T€	97.606	95.788	94.648	90.904
Sachanlagenintensität	%	87,0	87,0	86,1	85,0
Investitionen in Sachanlagen	T€	4.139	3.360	6.247	9.195
Planmäßige Abschreibungen	T€	2.471	2.500	2.426	2.350
Sachanlagenabnutzungsgrad	%	39	38	37	36
Eigenkapital	T€	31.358	31.254	30.997	31.002
Eigenkapitalquote	%	27,8	28,4	28,2	29,0
Langfristiges Fremdkapital	T€	66.977	67.447	68.497	65.381
Finanzierungsquote	%	66.977	61,3	62,3	61,2
Cashflow Jahresüberschuss + Abschreibungen Anlagevermögen und Umsatzerlöse	T€	3.024	3.085	2.866	2.694
durchschnittliche Sollmiete	€/qm/mtl.	4,09	4,07	3,98	3,92
Instandhaltungskosten	€/qm/mtl.	1,50	1,52	1,68	1,67
Fluktuationsquote	%	12,0	11,0	10,8	10,2
Marktbedingter Leerstand	%	0,9	1,1	1,2	0,6

1.3 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Unternehmen beschäftigte um Berichtsjahr insgesamt 48 (Vorjahr 47) Mitarbeiter, darin enthalten sind 3 Handwerker und 4 Auszubildende. Im kaufmännischen Bereich ist die Mitarbeiterschaft im Wesentlichen durch Kaufleute der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft geprägt, im technischen Bereich sind es die Techniker und Architekten.

Die Vergütung erfolgt seit dem 1. Oktober 2005 nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) besonderer Teil Sparkassen (BT-S).

Als Altersvorsorge sind alle Mitarbeiter bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse versichert. Der Beitrag beträgt zurzeit 6,75% bis zur Beitragsbemessungsgrundlage der Rentenversicherung. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird es ermöglicht, durch einen Rahmenvertrag mit der Sparkassen-Pensionskasse eine zusätzliche Altersversorgung durch Gehaltsumwandlung aufzubauen.

Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildung betragen im Berichtsjahr T€ 27,7 (Vorjahr T€ 28,8).

Die Hausmeistertätigkeiten sowie die Tätigkeiten des sog. Regiebetriebs (Arbeiten im Bereich Grün-pflege, Malerarbeiten, Fliesenarbeiten sowie Aufräum- und sonstige Arbeiten) werden seit dem 1.1.2006 vollständig durch die GWG-Dienstleistungs-GmbH, einer 100%igen Tochtergesellschaft, durchgeführt. In diesem Zusammenhang sind die drei Handwerker im Rahmen eines Personalgestellungsvertrages seit dem 1.1.2006 bei der GWG Dienstleistungs-GmbH tätig.

2. Darstellung der Lage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

	2006			Vorjahr		
	gesamt		davon	gesamt		davon
	T€	%	kurzfristig T€	T€	%	kurzfristig T€
Vermögen						
Immaterielle Vermögensgegenstände	20	0,0	0	33	0,0	0
Grundstücke mit Bauten	94.712	84,2	0	94.543	85,9	0
Übrige Sachanlagen	2.894	2,4	0	1.245	1,1	0
Finanzanlagen	658	0,6	0	496	0,5	0
Anlagevermögen	98.284	87,2	0	96.317	87,2	0
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	6.358	5,6	6.358	6.991	6,4	6.991
Übrige Vorräte	5.804	5,2	5.804	5.829	5,3	5.829
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	306	0,3	306	145	0,1	145
Liquide Mittel	1.788	1,6	1.788	643	0,6	643
Rechnungsabgrenzungsposten	146	0,1	0	140	0,1	0
Umlaufvermögen/RAP	14.402	12,8	14.256	13.748	12,5	13.608
	112.686	100,0	14.256	110.065	100,0	13.608
Kapital						
Gezeichnetes Kapital	8.127	7,2	0	8.127	7,4	0
Gewinnrücklagen	23.114	20,5	0	22.864	20,8	0
Restbilanzergebnis	117	0,1	0	263	0,2	0
Eigenkapital	31.358	27,8	0	31.254	28,4	0
Rückstellungen	656	0,6	448	1.338	1,2	1.158
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern	71.580	63,5	4.603	69.448	63,1	3.654
Erhaltene Anzahlungen	7.179	6,4	7.179	6.149	5,6	6.149
Übrige Verbindlichkeiten	1.572	1,5	1.572	1.535	1,4	1.498
Ausschüttungsvorschlag	341	0,3	341	341	0,3	341
Fremdkapital	81.328	72,2	14.143	78.811	71,6	12.800
	112.686	100,0	14.143	110.065	100,0	12.800

Die Bilanzsumme hat sich um T€ 2.621 auf nunmehr T€ 112.686 erhöht. Wesentliche Ursache für diesen Anstieg waren auf der Aktivseite – bedingt durch unsere Bau- und Modernisierungstätigkeit – der Zuwachs des Anlagevermögens (Grundstücke mit Bauten bzw. Anlagen im Bau) mit insgesamt T€ 1.818 sowie der Zuwachs an liquiden Mitteln (T€ 1.145). Diesem Zuwachs stand eine Abnahme der zum Verkauf bestimmten Grundstücke in Höhe von T€ 633 gegenüber.

Auf der Passivseite spiegelt sich die Erhöhung der Bilanzsumme im Wesentlichen bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern (+ T€ 2.132) sowie bei den erhaltenen Auszahlungen (+ T€ 1.030) wider.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dient ausschließlich der Finanzierung der Zugänge des Anlagevermögens. Insbesondere die dabei noch nicht abgeflossenen Mittel erhöhen den Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2006 (+ T€ 643). Die Steigerung bei den enthaltenen Anzahlungen (T€ 1.030) betrifft im Wesentlichen Vorauszahlungen für Heiz- und Betriebskosten.

Die Bilanz zum 31.12.2006 enthält T€ 98.420 (87,3%) langfristig gebundenes Vermögen, dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anlagevermögen. Das kurzfristig gebundene Vermögen in Höhe von T€ 14.256 enthält im Wesentlichen Verkaufsgrundstücke, abzurechnende Betriebskosten sowie liquide Mittel.

Dieses Vermögen wird durch T€ 98.543 (87,4%) langfristige sowie T€ 14.143 kurzfristige Mittel kongruent finanziert. Damit sind die langfristigen Vermögenswerte sowie auch die Investitionen für in Durchführung befindliche Baumaßnahmen durch valutierte bzw. zu valutierende langfristige Fremdmittel finanziert.

Die Liquidität war über das ganze Jahr 2006 gegeben. Die Gesellschaft konnte ihre finanzielle Verpflichtung jederzeit erfüllen. Die Zahlungsbereitschaft ist unter Einbeziehung der Finanzplanung auch für das Jahr 2007 gesichert.

2.2. Ertragslage

Die Entstehung des im Jahre 2006 erzielten Jahresüberschusses wird – einschließlich der Vergleichszahlen des Vorjahres – anhand einer von der Summe der Deckungsbeträge ausgehenden Analyse, abgeleitet aus der Gewinn- und Verlustrechnung, dargestellt.

	2006	2005
	T€	T€
A) Ordentliche Rechnung		
Deckungsbeiträge aus		
Hausbewirtschaftung	3304	3436
Bauträgertätigkeit	-260	-107
Betreuungsgeschäft	144	150
sonstiges	429	462
Summe Deckungsbeiträge	<u>3.617</u>	<u>3941</u>
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen		
Personalaufwand	2.341	2.421
Sonstiger Aufwand	874	857
Betriebliches Leistungsergebnis	<u>402</u>	<u>663</u>
Ergebnis der ordentlichen Rechnung	456	700
B) Neutrales Ergebnis	142	52
C) Ertragssteuern	154	154
D) Jahresergebnis	<u>444</u>	<u>598</u>

Im Bereich der Hausbewirtschaftung stehen im Wesentlichen den Erlösen aus Vermietung (T€ 13.890) Instandhaltungskosten von T€ 5.218, Abschreibungen von T€ 2.311 sowie Kapitalkosten von T€ 2.300 gegenüber. Die Verringerung des Deckungsbeitrages gegenüber dem Vorjahr um T€ 132 erklärt sich aus den gegenüber dem Vorjahr planmäßig erhöhten Instandhaltungskosten. Der Bereich der Bauträgertätigkeit schließt mit einem gegenüber dem Vorjahr um T€ 153 erhöhten negativen Deckungsbeitrag von T€ 260 ab. Maßgeblich dafür sind insbesondere bilanzielle Vorsorgemaßnahmen.

In den sonstigen Deckungsbeiträgen sind insbesondere mit T€ 154 die Erträge aus dem Verkauf von Bauten des Anlagevermögens enthalten (Vorjahr: T€ 248).

Die ordentliche Rechnung schließt mit einem gegenüber dem Vorjahr um T€ 244 geringeren Ergebnis von T€ 456 ab. Die Ursachen dieser Ergebnisverringerung liegen im Wesentlichen zum einen in den Mehrausgaben im Bereich der Instandhaltung sowie in dem gegenüber dem Vorjahr geringeren Ergebnis aus dem Verkauf von Bauten des Anlagevermögens.

Das neutrale Ergebnis enthält auf der Ertragsseite neben den Eingängen auf abgeschriebenen Mieterforderungen und Auflösungen von Rückstellungen insbesondere mit T€ 165 eine Abstandszahlung, mit der Miet- und Instandsetzungsverpflichtungen im Rahmen der vorzeitigen Auflösung eines Vertrages abgegolten wurden. Die Aufwandsseite enthält mit T€ 84 insbesondere Abbruchkosten.

3. Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2006 eingetreten.

4. Risikobericht

4.1 Risiken der künftigen Entwicklung

Im Rahmen des Risikomanagements überwacht das Unternehmen derzeit 47 potenzielle Einzelrisiken. Die Bedeutung jedes Einzelrisikos wird in einer Matrix definiert, die zum einen die Schadenshöhe (gering, erheblich, schwerwiegend) und zum anderen die Eintrittswahrscheinlichkeit (unwahrscheinlich, möglich, sehr wahrscheinlich) berücksichtigt. Jedes Einzelrisiko wird dann auf Grund dieser Evaluierung in 6 Risikoklassen eingeordnet. In den drei höchsten Risikoklassen sind keine Risiken vorhanden. Es gibt also weder wirtschaftliche noch rechtliche Gefährdungspotenziale, die innerhalb eines Prognosezeitraums von 2 Jahren zu einer Gefährdung des Unternehmens führen.

Für die bestehenden geringfügigen Einzelrisiken ist durch entsprechende Wertberichtigung, Rückstellung u.ä. Vorsorge getroffen worden.

4.2 Chancen der künftigen Entwicklung

Die in den letzten Jahren auf Grundlage eines Portfoliomanagements kontinuierlich durchgeführte Modernisierung bietet zukünftige Ertragspotenziale. Auch das Auslaufen der Wohnungsbindung für ca. 2.000 WE bis zum Jahre 2010 trägt zu einem zukünftigen kontinuierlichen Ertragswachstum bei.

Der Neubaubereich mit seinen Investitionsschwerpunkten „Reihenhäuser für kinderreiche Familien“ sowie „Service-Wohnen für ältere Mitbürger“ trägt dazu bei, das Unternehmen auf zukünftige Markterfordernisse einzustellen.

4.3 Finanzinstrumente

Als Finanzierungsinstrumente im Bereich unseres Unternehmens sind zu nennen: auf der Aktivseite Finanzanlagen und Forderungen sowie auf der Passivseite Verbindlichkeiten. Weitere Finanzinstrumente (Termingeschäfte, Optionen, Derivate oder Ähnliches) werden nicht eingesetzt.

Als wesentliches Finanzinstrument sind hierbei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern in Höhe von 71,6 Mio € zu sehen. Es handelt sich dabei in der Regel um von Dritten gewährte hypothekarisch abgesicherte Darlehen zur Finanzierung unseres Anlagevermögens.

Bezüglich der Einzelheiten wird auf den Verbindlichkeitspiegel im Anhang zum Jahresabschluss verwiesen. Das Zinsrisiko (Preisänderungsrisiko) wird zum einen wegen der Verteilung der Zinsbindungsfristen auf unterschiedliche Zeiträume und zum anderen wegen der derzeit absehbar relativ stabilen Zinssituation als gering angesehen. Die übrigen Risiken von Finanzierungsinstrumenten (Ausfallrisiko, Liquiditätsrisiko, Zahlungsstromrisiko) sind in diesem Bereich nicht erkennbar bzw. durch den kontinuierlichen Mittelzufluss der Mieten entsprechend abgesichert.

Im Bereich der Forderungen sind eventuell bestehende Ausfallrisiken durch Wertberichtigungen antizipiert. Weitere Risiken sind hier nicht erkennbar. Bei den Finanzanlagen handelt es sich im Wesentlichen um Anteile an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen, bei denen Finanzierungsrisiken nicht bestehen.

5. Prognosebericht

Auf Grund der regional diversifizierten Studien von Empirica (Wirtschaften und Wohnen in Deutschland, regionale Prognosen bis 2015, Wohnungsmarktentwicklung bis 2030) sowie des Pestel-Institutes (regionale Prognosen Bevölkerung, Haushalte, Wohnungsbedarf und Wohnungsnachfrage bis 2010) ist für unseren regionalen Tätigkeitsbereich zumindest bis 2010 noch mit einem leichten Anstieg der Haushalte und damit einer leicht wachsenden Nachfrage zu rechnen. Auf Grund dieser Prognose sieht das Unternehmen seine Bestandsgröße als insgesamt optimal an. Der Schwerpunkt der Weiterentwicklung wird daher im Bereich der Modernisierung gesetzt. Schwerpunkte in einem insgesamt geringen Neubauprogramm werden die Bereiche altersgerechtes Wohnen (Produkt: Service-Wohnen) sowie Wohnen für junge Familien (Produkt: Reihenfamilienhaus zur Miete) sein. Auf Grund unserer mittelfristigen Wirtschaftsplanung rechnen wir bei leicht steigenden Umsätzen und geplanten weiteren Modernisierungsmaßnahmen für die nächsten Jahre mit einem Jahresüberschuss in einer Größenordnung von T€ 500. Das Bauträgersgeschäft wird von uns rückläufig betrieben.

Viersen, den 22.02.2007

Der Vorstand

Dipl.-Kfm.

Diether Thelen

Peter Ottmann

Bauverein Meerbusch e.G.

Adresse: Dorfstr. 12, 40667 Meerbusch
Gründungsdatum: 11.03.1950
Satzung (letzte Fassung): 21.03.1997
Ratsbeschluss: 30.04.1951 (Erwerb von Anteilen)

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 der Satzung)

1. Zweck der Genossenschaft ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Genossenschaft.
2. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.
3. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen; Vorstand und Aufsichtsrat beschließen gem. § 28 die Voraussetzungen.

Genossen 31.12.2006

Geschäftsguthaben von 902 Mitgliedern = 1.612.173,96 €

Beteiligung der Stadt

495 Gesamtanteile (10 Pflicht- und 485 weitere Anteile)
495 Anteile á 153,39 € = 75.928,05 €

Organe

Vorstand
Aufsichtsrat
Mitgliederversammlung

Vertreter im Aufsichtsrat

Ratsherr Dieter Jüngerkes
Ratsfrau Renate Kox

Vertreter in der Mitgliederversammlung

Michael Nowack I. Beigeordneter

Rücklage-, Gewinn- und Verlustregelung lt. Satzung

§ 39

1. Es ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Sie ist ausschließlich zur Deckung eines aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes bestimmt.
2. Der gesetzlichen Rücklage sind mindestens 10 % des Jahresüberschusses abzgl. eines Verlustvertrages zuzuweisen, bis die gesetzliche Rücklage 50 % des Gesamtbetrages der in der Jahresbilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten erreicht hat. Die gesetzliche Rücklage ist bei der Bilanz zu bilden.

§ 40

1. Der Bilanzgewinn kann unter die Mitglieder als Gewinnanteil verteilt werden. Er kann zur Bildung von anderen Ergebnissrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden.
2. Der Gewinnanteil darf 4 % des Geschäftsguthabens nicht übersteigen. Sonstige Vermögensvorteile, die nicht als angemessene Gegenleistung für besondere geldwerte Leistungen anzusehen sind, dürfen den Mitgliedern nicht zugewendet werden.
3. Die Verteilung des Gewinnanteils erfolgt nach dem Verhältnis der Geschäftsguthaben bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist. Die Gewinnanteile sind 14 Tage nach der Mitgliederversammlung fällig.
4. Fällige Gewinnanteile werden durch Überweisung ausgezahlt. Der Anspruch auf Auszahlung der Gewinnanteile verjährt, wenn sie nicht innerhalb von drei Jahren nach Fälligkeit abgeholt sind.
5. Solange ein Geschäftsanteil nicht voll eingezahlt ist, wird der Gewinnanteil nicht ausgezahlt, sondern dem Geschäftsguthaben zugeschrieben. Das gilt auch, wenn das Geschäftsguthaben zur Deckung eines Verlustes vermindert worden ist.

§ 41

Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Mitgliederversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen, insbesondere darüber, in welchem Umfang der Verlust durch Verminderung der Geschäftsguthaben oder Heranziehung der gesetzlichen Rücklage zu beseitigen ist. Werden die Geschäftsguthaben zur Verlustdeckung herangezogen, so wird der Verlustanteil nicht nach dem vorhandenen Geschäftsguthaben, sondern nach dem Verhältnis der satzungsgemäßen Pflichtzahlungen bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist, berechnet, auch wenn diese noch rückständig sind.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2006 wurde ein Jahresüberschuss von 372 T€ erzielt. Das Ergebnis lag damit um rund 168 T€ über dem des Vorjahres

Die Ergebnisverbesserung ergibt sich im Wesentlichen durch die erstmalige, ganzjährige Vermietung der Wohngebäude an der Karl-Borromäus-Straße und durch Anpassungen an die Vergleichsmiete.

Der Jahresüberschuss ergibt sich wie im Vorjahr nahezu ausschließlich aus dem Betriebsergebnis der Hausbewirtschaftung. Insgesamt liegt das Jahresergebnis im Rahmen der Planungen und Erwartungen.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Entwicklung der Ertragslage:

	2006 T€	2005 T€	Veränderung T€
Umsatzerlöse inkl. Bestandsveränderung	3.972	3.581	391
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	32	-32
Andere betriebliche Erträge	80	55	25
Betriebsleitung	4.052	3.668	384
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	1.938	1.834	104
Personalaufwand	549	491	58
Abschreibungen	465	426	39
Andere betriebliche Aufwendungen	110	103	7
Zinsaufwand	534	534	0
Gewinnunabhängige Steuern	95	87	8
Aufwendungen Betriebsleistung	3.691	3.475	216
Betriebsergebnis	361	193	168
Finanzergebnis	14	12	2
Neutrales Ergebnis	0	3	-3
Ergebnis vor Steuern	375	208	167
Steuern vom Einkommen u. Ertrag	3	4	1
Jahresüberschuss	372	204	168
Erstellung in Ergebnizrücklagen	310	145	165
Bilanzgewinn	62	59	3

Bauverein Meerbusch eG

- Der Vorstand -

Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG

Adresse: Moselstr. 14, 41464 Neuss
Gründungsdatum: 07.11.1989
Gesellschaftsvertrag: 07.11.1989
Ratsbeschluss: 12.12.1989 (Beitritt)
Sendebeginn: „NE-WS 89,4“: 01.12.1991

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag):

Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben, sind:

- die zur Produktion und zur Verarbeitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zu stellen;
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
- für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
- Hörfunkwerbung zu verbreiten;
- Beteiligung an anderen Unternehmungen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck, derartige Unternehmen zu erwerben,
- Tochtergesellschaften zu gründen, Zweigniederlassungen zu errichten sowie alle den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vorzunehmen.

Gesellschaftskapital

770.000,-- €

Kommanditisten

Pressefunk Kreis Neuss GmbH & Co KG	577.500 €	75,0%
Kreis Neuss	53.900 €	7,0%
Stadt Neuss	53.900 €	7,0%
Stadt Meerbusch	15.400 €	2,0%
Stadt Grevenbroich	15.400 €	2,0%
Stadt Dormagen	15.400 €	2,0%
Stadt Kaarst	15.400 €	2,0%
Stadt Korschenbroich	11.550 €	1,5%
Gemeinde Jüchen	7.700 €	1,0%
Gemeinde Rommerskirchen	3.850 €	0,5%

Der Erwerb des Kommanditanteils von 2 % erfolgte durch Vertrag über eine Veräußerung einer Kommanditbeteiligung vom 07./21.08.1990 mit Wirkung zum 01.10.1990 von der bis dahin einzigen Kommanditistin Pressefunk Kreis Neuss GmbH & Co KG. Sie veräußerte 1990 insgesamt 25 % ihrer Kapitaleinlage von 766.937,81 € = 1,5 Mio DM.

Bewertung der Städtischen Beteiligung

anhand des Eigenkapitals zum 01.01.2007: 15.900,00 €

Neben der unmittelbaren Beteiligung an der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG ist die Stadt Meerbusch mittelbar an der 100%igen Beteiligung der KG an deren Komplementärin und persönlich haftenden Gesellschafterin, nämlich der Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs GmbH, beteiligt.

Organe

- Geschäftsführung durch die Komplementärin Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs GmbH
- Kommanditisten (s. o.)
- Gesellschafterversammlung

Vertreter in der Gesellschafterversammlung

Bürgermeister Spindler
Vertreter: StOVR Thomas Fox

Gewinn- und Verlustregelung lt. Gesellschaftsvertrag § 9 Abs. 5

Ein verbleibender Gewinn oder Verlust wird entsprechend der Beteiligung am Gesellschaftskapital auf die Gesellschafter verteilt. Verluste sind auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvorkonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen.

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, der Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Neuss e. V. die erforderlichen Anlagen und finanziellen Mittel zum Betreiben eines lokalen Rundfunks zur Verfügung zu stellen und sich Einnahmen durch Werbung zu verschaffen. Das Lokalradio darf aufgrund vertraglicher Vereinbarung Werbung nur von der Gesellschaft übernehmen.

Ergebnisse der Gesellschaft

Jahr	Bilanzsumme	Eigenkapital	Gewinn/Verlust	Eigenkapital- quote
	T €		€	
1994	561	440	347.079,73	78,49%
1995	1.184	1.035	585.125,82	87,48%
1996	1.497	1.237	498.806,37	82,66%
1997	1.002	888	-160.168,36	88,55%
01.01.98-30.09.98	833	625	259.380,73	74,96%
01.10.98-30.09.99	724	582	-48.668,68	80,34%
01.10.99-30.09.00	815	653	77.794,78	80,13%
01.10.00-30.09.01	1.187	773	368.093,40	65,12%
01.10.01-30.09.02	1.133	860	112.299,58	75,90%
01.10.02-30.09.03	1.561	796	81.710,06	50,99%
01.10.03-30.09.04	1.374	796	115.967,43	57,93%
01.10.04-30.09.05	1.625	796	450.666,78	48,98%
01.10.05-30.09.06	1.579	796	324.442,94	50,41%

Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 11.12.1997 ist das Geschäftsjahr umgestellt worden. Es läuft künftig vom 01.10. bis 30.09. des Folgejahres.

Kommunale Datenverarbeitungszentrale Neuss

Adresse: Markt 2, 41460 Neuss
Gründungsdatum: 01.01.1999
Rechtsform: Zweckverband
Verbandssatzung (letzte Fassung): 14.12.2004

Öffentlicher Zweck/Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Verbandssatzung)

Gemäß § 2 der Satzung hat der Zweckverband die Aufgabe, die kommunale Datenverarbeitungszentrale für die Verbandsmitglieder zu betreiben und technikunterstützte Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Software-, Qualifizierungs-, und Produktionsverbundes für seine Verbandsmitglieder bereitzustellen.

Stammkapital

100.000,00 €

Bewertung der Städtischen Beteiligung (8%)

anhand des Eigenkapitals zum 01.01.2007: 77.000,00 €

Organe

Geschäftsführer
Verbandsvorsteher
Verwaltungsrat
Verbandsversammlung

Mitglieder des Verwaltungsrates

Bürgermeister Dieter Spindler

Mitglieder der Verbandsversammlung

Bürgermeister Dieter Spindler
Ratsherr Werner Damblon
Ratsherr Hans Werner Schoenauer
Ratsherr Wolf Meyer-Ricks

Bilanz zum 31.12.2006

KDVZ

Aktiva

	31.12.2006 €	31.12.2005 €
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	926.929	505.567
Sachanlagen	236.799	330.369
Finanzanlagen	10.161	12.962
	1.173.889	848.898
Umlaufvermögen		
Vorräte	43.200	48.008
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.651.654	11.036.232
	11.694.854	11.084.241
Rechnungsabgrenzungsposten	264.002	237.333
Summe Aktiva	13.132.745	12.170.472

Passiva

	31.12.2006 €	31.12.2005 €
Eigenkapital		
Stammkapital	100.000	100.000
Allgemeine Rücklage	100.000	100.000
Zweckgebundene Rücklage	476.978	551.019
Bilanzgewinn	553.793	528.673
	1.230.771	1.279.692
Rückstellungen	11.274.909	9.986.688
Verbindlichkeiten	443.664	717.242
Rechnungsabgrenzungsposten	183.400	186.850
Summe Passiva	13.132.744	12.170.472

Gewinn- u. Verlustrechnung

KDVZ

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006

	31.12.2006	31.12.2005
	€	€
1. Umsatzerlöse	13.903.813 €	13.211.787 €
2. Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0 €	-24.578 €
3. Sonstige betriebliche Erträge	207.636 €	718.963 €
4. Materialaufwand	-5.859.081 €	-4.889.670 €
5. Personalaufwand	-6.296.909 €	-6.593.822 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-554.330 €	-361.568 €
7. Sonstige Betriebliche Aufwendungen	-1.348.123 €	-1.662.922 €
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	349 €	358 €
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	223.824 €	152.041 €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8.542 €	-21.916 €
11. Jahresüberschuss	268.638 €	528.673 €
12. Gewinnvortrag	528.673 €	0 €
13. Entnahme aus den zweckgebundenen Rücklagen	285.155 €	0 €
14. Einstellungen in die zweckgebundene Rücklage	-211.114 €	0 €
15. Verrechnung mit der Einstandsverpflichtung	-317.559 €	0 €
16. Bilanzgewinn	553.793 €	528.673 €

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2006

A. Allgemeines

Die Kommunale Datenverarbeitungszentrale Neuss wird in der Rechtsform eines Zweckverbandes geführt. Seine Vorstandsmitglieder sind die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss sowie der Rhein-Kreis Neuss.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, für seine Verbandmitglieder technikunterstützte Informationsverarbeitung im Sinne eines Beratungs-, Organisations-, Software-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes bereitzustellen.

B. Ertragslage

Die KDVZ Neuss hat im Wirtschaftsjahr 2006 ihren Plan erfüllt. Im Vergleich zum Wirtschaftsplanansatz ist der Jahresgewinn um 269 TEUR höher ausgefallen. Höhere Erträge wurden durch gestiegene Inanspruchnahme bei den Sonderleistungen u.a. Virtual Private Network sowie der Dienstleistung IT an Schulen erzielt.

Positive Effekte ergaben sich außerdem bei der Ausweitung von Application Service Providing-Anwendungen für die Stadt Neuss.

Nach der Übertragung der TUIV-Aufgaben auf die KDVZ Neuss ab dem Jahr 2005 hat die Stadt Neuss die KDVZ Neuss nunmehr auch mit der Beschaffung und der Installation von insgesamt 3.000 PCs in 49 Neusser Schulen sowie den erforderlichen Supportleistungen beauftragt. Mittlerweile sind 1.114 leistungsfähige PCs installiert und mit Software ausgestattet. In Anlehnung an das ASP-Angebot der KDVZ Neuss wurde mit dem Aufbau zentraler Server für das „pädagogische Netz“ begonnen, auf das zukünftig rund 16.000 Schüler und deren Lehrer Zugriff haben werden.

Das ASP-Dienstleistungsangebot der KDVZ Neuss bietet die Möglichkeit zur Konzentration im Server-Betrieb. Nach den Verbandsmitgliedern Jüchen, Kaarst und Rommerskirchen hat nun auch die Stadt Neuss dieses Angebot angenommen. Mit der Stadt Düsseldorf, welche Verfahren im Bereich der Volkshochschule und Betreuung der Vormundschaften und Pfllegschaften für Volljährige nutzt, hat sich nun auch ein externer kommunaler Kunde für den ASP-Betrieb der KDVZ Neuss entschieden.

C. Vermögenslage

Die Vermögenslage ist gut. Die Anlagendeckung betrug ohne Berücksichtigung der langfristigen Verbindlichkeiten 104,9 % (Vorjahr: 150,8 %). Die Forderung, dass langfristig gebundenes Vermögen durch langfristiges Kapital finanziert sein soll, ist somit vollständig erfüllt.

Im Berichtsjahr wurden 882,1 TEUR in das Anlagevermögen investiert. Hierbei handelte es sich überwiegend um Softwarelizenzen. Die getätigten Investitionen wurden zu 62,8 % durch Abschreibungen gedeckt. Die Finanzierung erfolgte aus Kassenmitteln, somit ohne Kreditaufnahme.

D. Finanzlage

Die Liquidität des Zweckverbandes ist durch ausreichende flüssige Mittel gesichert. Die Abstimmung von Fremdkapitalaufnahme und Kapitalbedarf erfolgt mit Hilfe des Vermögens- und Finanzplans.

Die wesentlichen Daten der Finanzlage können der nachfolgenden Kapitalflussrechnung entnommen werden.

	<u>2006</u>	<u>2005</u>
	TEUR	TEUR
Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	269	529
Abschreibungen/Zuschreibungen		
+ / - auf Gegenstände des Anlagevermögens	554	362
+ / - Zunahme der langfristigen Rückstellungen	<u>834</u>	<u>1113</u>
= Cash-Flow i.e.S	<u>1657</u>	<u>2004</u>
Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht		
+ / - der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen	<u>555</u>	<u>-511</u>
= Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>2574</u>	<u>2412</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-64	-117
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlageverm.	-817	-439
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen		
+ des Finanzanlagevermögens	<u>3</u>	<u>4</u>
= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	<u>-878</u>	<u>-552</u>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Anteile, etc.)	0	0
- Auszahlungen an Unternehmenseigner	-318	0
Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)		
-)Krediten	<u>-186</u>	<u>-269</u>
= Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-504</u>	<u>-269</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	1192	1591
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>4550</u>	<u>2959</u>
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>5742</u>	<u>4550</u>

Zum Bilanzstichtag stehen Forderungen einschließlich der liquiden Mittel (11.639 TEUR) kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten von 1.934 TEUR gegenüber. Die langfristigen Rückstellungen in Höhe von 9.785 (Vorjahr 8951 TEUR) haben zum Bilanzstichtag einen Anteil von 74,5 % (Vorjahr: 73,5 %) an der Bilanzsumme.

E. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung aufgetreten.

F. Risikobericht

Wie die Betriebe in der Privatwirtschaft ist auch die KDZ abhängig von ihren Kunden und deren Finanzausstattung. Hierbei besteht jedoch die Besonderheit, dass die KDZ sich nahezu auf keinem offenen Markt bewegt, sondern überwiegend für ihre Mitglieder tätig wird. Die KDZ kann sich damit lediglich in dem finanziellen Rahmen bewegen und entwickeln, der durch ihre Mitglieder vorgegeben wird.

Risiken der künftigen Entwicklung der KDVZ können sich aus der Umsetzung der EU-Richtlinien zur Umsatzsteuer in nationales Recht ergeben. Dies würde zu einer Umsatzsteuerbelastung auf die Entgelte für die für die Mitglieder zu erbringenden Leistungen führen und damit die Leistungen der KDVZ verteuern.

Gegenwärtig sieht der Vorstandsvorsteher jedoch aufgrund des bestehenden Finanzierungssystems keine wirtschaftlich bestandsgefährdete Entwicklung.

G. Prognosebericht und Chancen

Die Konzentration gleichartiger IT-Aufgaben ermöglicht Synergien und Kostenvorteile. Die KDVZ Neuss verfolgt diesen Weg konsequent und prüft laufend Möglichkeiten des In- und Outsourcings von Leistungen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dies hat sich auch im Berichtsjahr als erfolgreich erwiesen. Die erzielten Synergieeffekte werden als Kostensenkungen an die Verbandsmitglieder weitergegeben. Nachdem die Preise für sämtliche Standardleistungen bereits für das Jahr 2006 um 2,56 % abgesenkt wurden, konnten diese daher für das Jahr 2007 erneut um weitere 5,14 % heruntergesetzt werden. Dabei wurden sowohl die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 19 % wie auch die Kosten für die gesetzlich vorgegebene neue Aufgabe der elektronischen Rückmeldung aufgefangen und somit die Verbandsmitglieder nicht belastet.

Innerhalb des Verbandsgebietes erfolgten Konzentrationen im Bereich des Server-Betriebes mit dem Dienstleistungsangebot ASP. Inzwischen können 45 Verfahren im ASP-Betrieb genutzt werden. Nachdem im Vorjahr die Voraussetzungen geschaffen wurden, ASP auch externen kommunalen Kunden anbieten zu können, konnte mit der Stadt Düsseldorf ein erster Kunde außerhalb des Verbandsgebietes für dieses Angebot gewonnen werden. Zusätzliche Skaleneffekte und somit Kostenvorteile für die Verbandsmitglieder sind möglich, wenn weitere Verbandsmitglieder sich für dieses Dienstleistungsangebot entscheiden.

Auch über das Verbandsgebiet hinaus verfolgt die KDVZ Neuss den eingeschlagenen Weg zur Konzentration von Leistungen. Bereits seit mehreren Jahren besteht eine erfolgreiche Zusammenarbeit der KDVZ Neuss u.a. mit den IT-Bereichen der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Stadt Mönchengladbach in der IT-Kooperation Rhein-Ruhr. Ein großer wirtschaftlicher Erfolg war die Bildung eines gemeinsamen Großrechner-Betriebs, der eine spürbare dauerhafte Senkung der IT-Kosten für die Verbandsmitglieder zur Folge hatte. Zusätzliche Einsparungen im IT-Bereich versprechen sich die eng benachbarten Kommunen daher durch eine weiter gehende Konzentration. Dies legen auch die Erfahrungen in anderen Bundesländern und anderen Dienstleistungsbranchen nahe. Daher wurde ein externer, neutraler Berater beauftragt, die Chancen und Risiken einer Fusion der drei IT-Bereiche zu untersuchen. Die Ergebnisse sollen den zuständigen Gremien im ersten Halbjahr 2007 zur Beratung vorgelegt werden.

Im Berichtsjahr wurden Betriebssystem und MS Office im ASP-Betrieb für Jüchen und Kaarst auf die aktuellen Versionen umgestellt sowie Unterstützung bei der Migration für Korschenbroich und Meerbusch geleistet.

Die KDVZ Neuss erbringt Supportleistungen für das kamerale Kassenverfahren AKD-K auch außerhalb des Verbandsgebietes. Im Rahmen der Einführung von NKF wird dieses Verfahren sukzessive durch die NKF-Kasse abgelöst. Damit verringern sich die bisherigen Dienstleistungen sowie die dafür erzielten Erlöse und werden schließlich komplett entfallen.

Seit längerem ist nicht nur im Anwenderverbund der Trend erkennbar, Großrechnerverfahren durch serverbasierte PC-Verfahren abzulösen. Bis zum 31.12.2008 ist die KDVZ Neuss vertraglich an die entgeltliche Nutzung des Großrechners im Competence Center Rechenzentrum (KRZ Niederrhein) gebunden. Eine Umstellung von bis zu 60 bisherigen Großrechnerverfahren ist sinnvoll mit dem Auslaufen des bisherigen Vertrages zu planen. Mit den notwendigen Arbeiten wurde im Jahre 2006 begonnen. Im Vorfeld eines möglichen Plattformwechsels entsteht Aufwand für die notwendigen Untersuchungen, sowie Aufbau und Betrieb einer Testumgebung parallel zum bestehenden Großrechner-Produktionsbetrieb. Zur Absicherung der absehbaren Aufwände wurde eine entsprechende Rückstellung in Höhe von 211,5 TEUR gebildet.

Darüber hinaus stellt die angespannte Haushaltslage der Verbandsmitglieder ein besonderes Risiko dar, dennoch wird für das kommende Wirtschaftsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Neuss, den 21. Juni 2007
Kommunale Datenverarbeitungszentrale Neuss

gez. Peter Söhngen
Verbansvorsteher